

Abg. Tandler stellte für die antragstellende Fraktion unter Bezugnahme auf die Vorlage klar, dass es sich um ein Ungleichgewicht bei den Geldleistungen – nicht den geldwerten Leistungen handele. Es gehe den Teilnehmern am freiwilligen sozialen Jahr (FSJ), die die geldwerten Leistungen, aus welchen Gründen auch immer zum Teil nicht ihren Anspruch nähmen, jedoch genau um diesen vergleichsweise großen Unterschiedsbetrag im Vergleich zu anderen Trägern. Umgerechnet auf die geleisteten Dienststunden sei der Stundenlohn für die anspruchsvolle und für die Schülerinnen und Schüler wichtige Arbeit minimal. Er rege an, dass über mögliche Anpassungen der monetären Leistungen sowohl der Sozial- als auch der Finanzausschuss beraten sollten. Eine abschließende Entscheidung in der jetzigen Sitzung halte er nicht für sinnvoll.

KVOR Clasen bestätigte, dass die wertvolle Arbeit, die durch die Teilnehmer am freiwilligen sozialen Jahr an den Schulen geleistet werde, nicht so bezahlt werde wie es wünschenswert sei. Zu berücksichtigen seien allerdings die Auswirkungen auf den Kreishaushalt. In Gesprächen mit den Absolventen des FSJ sei festgestellt worden, dass diese doch sehr zufrieden seien und insbesondere die nicht monetären Leistungen durchaus zu schätzen wüssten. Auch hätten sich bisher noch jedes Jahr ausreichend viele junge Erwachsene bereit erklärt, unter den bekannten Voraussetzungen ein FSJ beim Rhein-Sieg-Kreis zu absolvieren. Welche Auswirkungen die veränderten Zivildienstzeiten auf den weiteren Bedarf an FSJ-Absolventen habe, könne noch nicht abgeschätzt werden. Die Verwaltung werde jedoch die Entwicklung weiterhin beobachten und alle notwendigen Schritte ergreifen, um die Versorgung der Schulen mit den dringend benötigten Kräften sicher zu stellen. Eine alternative Versorgung der Schulen mit fest angestellten Pflegekräften würde eine ganz erhebliche zusätzliche finanzielle Belastung für den Kreis darstellen, die kaum zu verkraften sei.

Ergänzend führte KVOR Gappel aus, dass sich die Versorgungssituation seit Erstellung der Vorlage schon wieder deutlich verbessert habe. Für die genannten 9 offenen Stellen lägen jetzt 8 Bewerbungen vor und es sei realistisch, dass nach erfolgreicher Hospitation an den Schulen diese Bewerber auch eingestellt würden. Es verbleibe dann lediglich noch eine offene Stelle. Man rechne täglich mit weiteren Bewerbungen. In den letzten zwei Jahren hätten lediglich drei Absolventen individuelle Fahrtkostenabrechnung beantragt. Ansonsten fände das angebotene Job-Ticket die volle Zustimmung der FSJ-Absolventen und werde sehr gerne genutzt.

Abg. Tandler wies nochmals darauf hin, dass den jungen Leuten auch wichtig sei, was ihnen im Monat an Geldleistungen zur Verfügung stehe. Verglichen mit dem Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) mache der Unterschied 200,- € aus, der ASB zahle also mehr als das Doppelte. Dass es den jungen Erwachsenen, denen eine Stelle im FSJ angeboten werde, nicht vorrangig um die Bezahlung gehe, sei verständlich. Allerdings solle dies kein Argument dafür sein, die zu zahlende Geldleistung weiterhin so gering zu halten. Er rege an, das Thema an den Ausschuss für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigungsförderung zu verweisen.

Abg. Frohnhofer merkte an, dass die Geldleistung im Vergleich zu anderen Trägern als gering erscheine, beim Vergleich der Gesamtleistungen halte sie die Regelung des Rhein-Sieg-Kreises allerdings für in Ordnung. Sie unterstütze den Vorschlag, zunächst die Entwicklung im Zivildienst abzuwarten und dann zu entscheiden.

Abg. Solf erklärte, dass seiner Meinung nach der Ausschuss für Schule und Bildungs koordinierung das zuständige Gremium sei. Wie in der Vorlage dargestellt, erscheine auch ihm es zum jetzigen Zeitpunkt sinnvoll, die Entwicklungen abzuwarten, bevor mögliche Änderungen diskutiert oder vorgeschlagen würden.

Abg. Tandler erklärte sich sodann mit dem Vorschlag auf erneute Beratung in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Schule und Bildungskordinierung einverstanden.